

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1948

2 (6.1.1948)

Druck v. Verlag: Badendruck, GmbH, Karlsruhe, Lammstr. 1b-3. Telefon 481/83. Ausgaben für Karlsruhe, Rhe.-Land, Pforzheim (Berberstr. 19) und für Bruchsal, Friedr. Str., Kaufh. Schard.

BADISCHE

Einzelverkaufspreis 20 Pf. Monatl. Bezugspreis RM 2.20. Postbezug RM 2.50 zuzügl. Zustellgebühr. Anzeigen: Die Tageszeitung RM 2.-, Ausg. Pforz. RM 1.-, Amtl. städt. Anz.-d. Hälfte

HAUPTBEREICH

De Gaulle fordert Neuwahlen

Aufruf zur Arbeit — „Wir haben keine neuen Länder zu erobern“

Paris, 5. Jan. (Dena-Reuter) General Charles de Gaulle forderte am 4. d. M. auf einer Kundgebung in der Bergbau- und Textilstadt Saint Etienne die Abhaltung neuer Wahlen und erklärte, Frankreich müsse mehr arbeiten oder untergehen. Man solle sich nicht nur auf die amerikanische Hilfe verlassen.

Wir können nicht erwarten, daß unerwartete Quellen des Reichtums aus unserem eigenen Boden hervorspringen. In der Erzielung höherer Produktion könne der Arbeiter seine große Rolle spielen. General de Gaulle erklärte dann in einem Angriff auf die französischen Kommunisten, diese Partei verweigere den Arbeitern diese ihre Rolle zu spielen, genau so wie der vergangene Kapitalismus es den Arbeitern verweigert habe. Ein Fortschritt könne nur durch die Zusammenarbeit aller erfolgen.

Kommunismus bedroht Wohlergehen der europäischen Nationen

London, 5. Jan. (Dena) Der britische Ministerpräsident Clement Attlee erklärte laut AFP am 4. Jan. in einer Rundfunkrede, der sowjetische Kommunismus verfolge eine Politik, die durch eine neue Art eines ideologischen, wirtschaftlichen und strategischen Imperialismus das Wohlergehen der übrigen europäischen Nationen bedrohe. „Die Geschichte der Sowjetunion hat uns gelehrt“, sagte Attlee, „daß Kollektivismus ohne politische Freiheit schnell entarten und zu Unterdrückung und Ungerechtigkeit führen kann.“

Zwischen den beiden Weltmächten stehend, müsse sich Großbritannien bemühen, ein neues System aufzustellen, das persönliche Freiheit mit gelenkter Wirtschaft, Demokratie und sozialer Gerechtigkeit verbinde.

Truman unterzeichnet Anti-Inflationsgesetz

Washington, 5. Jan. (AP) Präsident Truman unterzeichnete am 30. Dez. 1947 ein zweites Ausfertigung des Gesetzes zur Herabsetzung der Lebenshaltungskosten, während Beamte des Gesundheitsministeriums die Preise für Lebensmittel, Medikamente und andere Waren auf dem 29. Dezember 1947 verschwundenen Original durchsuchten.

300 Mill. Dollar für Frankreich

Paris, 5. Jan. (Dena-Reuter) Frankreich erhält auf Grund des am Freitag unterzeichneten Abkommens 300 Millionen Dollar der vom amerikanischen Kongress beschlossene „Sicherheitshilfe“, wie hier aus zuverlässiger gut unterrichteter Quelle verlautet.

Frankreich erhielt im Rahmen des Notfallprogramms Kohlen und Nahrungsmittel im Werte von 69 300 000 Dollar zugewiesen.

Amerikanisch-italienisches Soforthilfe-Abkommen unterzeichnet

Rom, 5. Jan. (Dena-Reuter) Das amerikanisch-italienische Abkommen über eine Soforthilfe an Italien ist am 3. Januar im italienischen Außenministerium unterzeichnet worden.

Clay für „Wirtschaftsgerichte“

Frankfurt, 5. Jan. (Dena) Für die Schaffung sogenannter „Wirtschaftsgerichte“ in der Bizone mit Wirtschaftsmächten gegenüber den deutschen Ländern sprach sich der amerikanische Militärgouverneur General Lucius D. Clay, wie Dena erfährt, hier am Montag in einer kurzen Besprechung mit ausländischen Journalisten aus.

Im Telegrammstil

Washington, Das langfristige europäische Finanzprogramm steht in einem ersten Schritt auf dem zweiten Sitzungsperiode des 80. US-Kongresses, der am 6. Januar seine Sitzungen wieder aufnimmt. Drei leichte Kreuzer und ein Flugzeugträger der US-Flotte, werden am 6. Januar nach dem Mittelmeer in See gehen. Sie werden auf ihrer Reise auch Piraten anlaufen. Das politische Aktionskomitee des deutschen Reiches sprach am 30. 12. 1947 die Präsidentschaftskandidatur des ehemaligen Vizepräsidenten Henry Wallace ab. (Dena-Reuter)

Nanking, Die Truppen des Generalissimus Chiang Kai-shek übernahmen die Kontrolle über die Provinz Szechuan, nachdem die kommunistischen Truppen die Provinz verlassen hatten. (Dena-Reuter)

Stuttgart, Reisen in das Saargebiet werden nur bei Tod oder ernstlicher Erkrankung eines nahen Verwandten sowie zu dringenden geschäftlichen Zwecken genehmigt. Einheiten der US-Besatzungsmacht, historische Stützpunkte, die aus der deutschen Wirtschaft stammen, nicht benutzen, teilte die Pressestelle des württembergischen Staatsministeriums mit. (Dena)

Hannover, Dr. Kurt Schumacher wird an der Internationalen Sozialen Tagung teilnehmen, die am 10. und 11. Jan. in London stattfindet. (Dena)

Berlin, Jakob Kaiser wird nach Mitteilung der Pressestelle der CDU als Vertreter der CDU der Sowjetzone und Berlins an der am 20. Januar in Luxemburg stattfindenden Konferenz der Christlich-demokratischen Parteien Frankreichs, der Niederlande, Belgiens, Dänemarks und der Schweiz teilnehmen. Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl übermittelten dem Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Italiens, Palmiro Togliatti, anlässlich des vom 10. bis 12. Januar in Mailand stattfindenden 6. Nationalkongress seiner Partei ihre „brüderlichen Grüße“. — Wie bereits angekündigt, übernimmt die deutsche Post ab 1. Januar 1948, die Aufgaben der amerik. Telegrafengesellschaften in der US-Zone. (Dena)

Bochum, Dr. Kurt Schumacher forderte auf zwei Versammlungen vor SPD-Betriebsgruppen-Funktionären der Ruhrschachtanlagen und der Metallindustrie in Oberhausen und Bochum am 2. und 3. Jan. nachdrücklich die Sozialisierung der Grundindustrien. (Dena)

Hamburg, Ein deutscher Arbeiter entdeckte in der Nähe des Konzentrationslagers Belsen ein neues Massengrab, das, wie das Hauptquartier der britischen Armee am Samstag mitteilte, mindestens 200 Leichen früherer KZ-Häftlinge enthielt. (Dena-Reuter)

Bremen, Die FDP und die RSP (Radikalkreis, Freiheitspartei) haben jetzt die Teilnahme an dem von der KPD für den 11. und 12. Januar einberufenen „Volkskongress“ in Bremen abgelehnt. Vorher hatten bereits SPD, CDU und BDV die Einladung der KPD zur Teilnahme an diesem „Volkskongress“ abgelehnt. (Dena)



General König bei General Clay in Frankfurt (Dena-Bild)

Besuch Königs war nur Höflichkeit

Frankfurt, 5. Jan. (Dena) Der Besuch General Pierre Königs war ausschließlich ein Höflichkeitsbesuch, und das Problem des Anschlusses der französischen Parteien an die Bizone wurde auf den Besprechungen nicht erörtert, sagte der amerikanische Militärgouverneur General Lucius D. Clay hier am Dienstag nach seinem Zusammentreffen mit dem französischen Oberbefehlshaber.

Treffen der Ministerpräsidenten am 7. und 8. Januar steht fest

Frankfurt a. M., 5. Jan. (Eig.-Ber.-sch) Die Vorbereitungen für das Treffen der Ministerpräsidenten mit den Oberbefehlshabern der Besatzungsmächte gehen weiter. Der Termin am 7. und 8. Januar steht nunmehr endgültig fest, doch gehen die Vermutungen über den Gegenstand der Beratungen stark auseinander. Will man sich auf eine Aukerung General Klays in seiner letzten Pressekonferenz beziehen, so könnte man annehmen, daß in dieser Konferenz Pläne zur Verbesserung der Arbeit des Wirtschaftsrates beraten werden sollen. Dabei soll es sich ausschließlich um wirtschaftliche Aufgaben handeln und Wirtschaftsrates, Dr. Erich Kohler (CDU), der Vorsitzende des Exekutivrates, Staatsrat Dr. Gebhard Seelos (CSU), der bayerische Ministerpräsident Dr. Hans Ehard (CDU) und andere leitende Politiker der CDU und CSU aus der amerikanischen Zone, trafen hier am Sonntagabend zu einer ersten Vorbereitung der Ministerpräsidenten-Konferenz am kommenden Mittwoch zusammen.

Die Teilnahme französischer Vertreter an der am Mittwoch stattfindenden Konferenz wird an der Internationalen Sozialen Tagung teilnehmen, die am 10. und 11. Jan. in London stattfindet. (Dena)

Berlin, Jakob Kaiser wird nach Mitteilung der Pressestelle der CDU als Vertreter der CDU der Sowjetzone und Berlins an der am 20. Januar in Luxemburg stattfindenden Konferenz der Christlich-demokratischen Parteien Frankreichs, der Niederlande, Belgiens, Dänemarks und der Schweiz teilnehmen. Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl übermittelten dem Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Italiens, Palmiro Togliatti, anlässlich des vom 10. bis 12. Januar in Mailand stattfindenden 6. Nationalkongress seiner Partei ihre „brüderlichen Grüße“. — Wie bereits angekündigt, übernimmt die deutsche Post ab 1. Januar 1948, die Aufgaben der amerik. Telegrafengesellschaften in der US-Zone. (Dena)

Bochum, Dr. Kurt Schumacher forderte auf zwei Versammlungen vor SPD-Betriebsgruppen-Funktionären der Ruhrschachtanlagen und der Metallindustrie in Oberhausen und Bochum am 2. und 3. Jan. nachdrücklich die Sozialisierung der Grundindustrien. (Dena)

Hamburg, Ein deutscher Arbeiter entdeckte in der Nähe des Konzentrationslagers Belsen ein neues Massengrab, das, wie das Hauptquartier der britischen Armee am Samstag mitteilte, mindestens 200 Leichen früherer KZ-Häftlinge enthielt. (Dena-Reuter)

Bremen, Die FDP und die RSP (Radikalkreis, Freiheitspartei) haben jetzt die Teilnahme an dem von der KPD für den 11. und 12. Januar einberufenen „Volkskongress“ in Bremen abgelehnt. Vorher hatten bereits SPD, CDU und BDV die Einladung der KPD zur Teilnahme an diesem „Volkskongress“ abgelehnt. (Dena)

Washington, Das langfristige europäische Finanzprogramm steht in einem ersten Schritt auf dem zweiten Sitzungsperiode des 80. US-Kongresses, der am 6. Januar seine Sitzungen wieder aufnimmt. Drei leichte Kreuzer und ein Flugzeugträger der US-Flotte, werden am 6. Januar nach dem Mittelmeer in See gehen. Sie werden auf ihrer Reise auch Piraten anlaufen. Das politische Aktionskomitee des deutschen Reiches sprach am 30. 12. 1947 die Präsidentschaftskandidatur des ehemaligen Vizepräsidenten Henry Wallace ab. (Dena-Reuter)

Nanking, Die Truppen des Generalissimus Chiang Kai-shek übernahmen die Kontrolle über die Provinz Szechuan, nachdem die kommunistischen Truppen die Provinz verlassen hatten. (Dena-Reuter)

Stuttgart, Reisen in das Saargebiet werden nur bei Tod oder ernstlicher Erkrankung eines nahen Verwandten sowie zu dringenden geschäftlichen Zwecken genehmigt. Einheiten der US-Besatzungsmacht, historische Stützpunkte, die aus der deutschen Wirtschaft stammen, nicht benutzen, teilte die Pressestelle des württembergischen Staatsministeriums mit. (Dena)

Hannover, Dr. Kurt Schumacher wird an der Internationalen Sozialen Tagung teilnehmen, die am 10. und 11. Jan. in London stattfindet. (Dena)

Berlin, Jakob Kaiser wird nach Mitteilung der Pressestelle der CDU als Vertreter der CDU der Sowjetzone und Berlins an der am 20. Januar in Luxemburg stattfindenden Konferenz der Christlich-demokratischen Parteien Frankreichs, der Niederlande, Belgiens, Dänemarks und der Schweiz teilnehmen. Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl übermittelten dem Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Italiens, Palmiro Togliatti, anlässlich des vom 10. bis 12. Januar in Mailand stattfindenden 6. Nationalkongress seiner Partei ihre „brüderlichen Grüße“. — Wie bereits angekündigt, übernimmt die deutsche Post ab 1. Januar 1948, die Aufgaben der amerik. Telegrafengesellschaften in der US-Zone. (Dena)

Bochum, Dr. Kurt Schumacher forderte auf zwei Versammlungen vor SPD-Betriebsgruppen-Funktionären der Ruhrschachtanlagen und der Metallindustrie in Oberhausen und Bochum am 2. und 3. Jan. nachdrücklich die Sozialisierung der Grundindustrien. (Dena)

Hamburg, Ein deutscher Arbeiter entdeckte in der Nähe des Konzentrationslagers Belsen ein neues Massengrab, das, wie das Hauptquartier der britischen Armee am Samstag mitteilte, mindestens 200 Leichen früherer KZ-Häftlinge enthielt. (Dena-Reuter)

Bremen, Die FDP und die RSP (Radikalkreis, Freiheitspartei) haben jetzt die Teilnahme an dem von der KPD für den 11. und 12. Januar einberufenen „Volkskongress“ in Bremen abgelehnt. Vorher hatten bereits SPD, CDU und BDV die Einladung der KPD zur Teilnahme an diesem „Volkskongress“ abgelehnt. (Dena)

Konferenz der SP über Marshall-Plan vorgeschlagen

London, 5. Jan. (Dena-Reuter) Vorschläge für die Einberufung einer Konferenz der sozialdemokratischen Parteien West- und Mitteleuropas zur Durchführung des Marshall-Planes werden wahrscheinlich am 10. Januar erörtert werden, wenn das Comico-Komitee für internationale sozialistische Konferenzen ihre erste Sitzung abhält.

Das deutsche Volk ein Ertrinkender

Erlangen, 5. Jan. (Dena) Der bayerische Ministerpräsident Dr. Hans Ehard forderte hier am Sonntag, dem zweiten Tag der CSU-Landesaussschuß-Konferenz, Amerika solle die Rückgabe der an Frankreich und anderen Mächte übergebenen deutschen Kriegsgefangenen verlangen. Er erklärte, in Valta sei „ein Abkommen über Menschenhandel“ abgeschlossen worden, indem man Kriegsgefangene einer anderen Macht überstellt habe. Für Vorkommnisse dieser Art seien in den Nürnberger Prozessen schwere Strafen ausgesprochen worden. Man solle deshalb jetzt rückgängig machen, was als falsch erkannt worden sei.

Der Ministerpräsident verglich zum Schluß seiner Rede die Lage des deutschen Volkes mit der eines Ertrinkenden, den die Kräfte verlassen und dem unter allen Umständen geholfen werden müsse. Wenn die Besatzungsmacht nicht einsehe, daß mit einem solchen Volk keine Demokratie aufzubauen sei, dann würden entweder die Kommunisten oder die Nationalisten gestärkt werden; das eine sei so schlimm wie das andere.

Der Direktor der Verwaltung für Wirtschaft beim Wirtschaftsrat, Dr. Johannes Semler, erklärte in seinem Referat, für den Fall, daß Deutschland zunächst nicht in den Marshall-Plan einbezogen werden würde, sondern eines der verzinrenden Überbrückungskredite erhalte, müßten die Deutschen den Alliierten sagen: „Übernehmt die Verantwortung allein!“

In der gesamten Eisenindustrie habe kein einziger Deutscher etwas zu sagen. Dr. Semler forderte, denn auch der Treuhänder Dinkelbach leitete eine englische Dienststelle. Die englische Wirtschaftspolitik betreibe die bewußte Auseinanderlösung der gewachsenen, einzigartigen Verbundindustrie zwischen Kohle und Eisen. Die unverhältnismäßig geringe Förderung von 400 000 t Kohle an der Ruhr sei nicht durch den Krieg und Hitler verschuldet, sondern „das Resultat der

Kreise setzen daraufhin zum Teil selbst Mindestliefermengen fest, die „naturngemäß“ mehr den eigenen Wärdern als den allgemeinen Erfordernissen entsprächen.“

Die schließlich getroffenen Erfassungsmaßnahmen kamen zu spät. Die Eisenbahn hat nach dem Bericht Schlange-Schönings durch unerlaubte Kartoffeltransporte für sich und andere Betriebe wesentliche Kartoffelmengen der ordentlichen Bewirtschaftung entzogen. Ferner sollen Kartoffeln gegen Kohle eingetauscht und, zum Teil falsch deklariert, als Dienstgut unkontrolliert befördert worden sein. Die Polizei ist nach ihren Angaben, wie es weiter in dem Bericht heißt, nicht in der Lage, wirksame Kontrollen durchzuführen. Die allgemeine Polizei darf nicht ohne weiteres das Bahngelände betreten, und die Bahnpolizei sei offenbar nicht in der Lage und teilweise auch nicht gewillt, die erforderlichen Transportkontrollen durchzuführen.

Weiterhin wurde nach dem Bericht die Durchführung des Gesetzes über die Kartoffelbewirtschaftung dadurch gefährdet, daß Gesetze und Anordnungen der Zentralbehörden nur mit großer Verzögerung oder überhaupt nicht weitergegeben wurden. So sei das am 3. Oktober erlassene oben erwähnte Besatzungsgesetz nach Feststellung der Prüfer am 30. Oktober bei der Mehrzahl der Kreisstellen noch nicht bekannt gewesen. Die darin angeordneten Maßnahmen über die Bildung von Erfassungsausschüssen und das öffentliche Aushängen von Listen mit der Ablegerliste, die den erzeugenden Betrieben seien in den Gemeinden gar nicht oder nur verspätet durchgeführt worden. In einer Anlage zum Bericht werden Fälle angeführt, in denen die Justizbehörden nach Ansicht Dr. Schlange-Schönings durch unangebrachte Milde zu Verstoßen angelegt haben.

„Ministerpräsident unter rotem Stern“

Dr. Paul gibt weitere Erklärungen ab - Bürgerliche Parteien in der Sowjetzone sind nur Scheinparteien

München, 5. Jan. (Dena) Der ehemalige thüringische Ministerpräsident Rudolf Paul, der am 23. Dezember in München wieder auftauchte, erklärte einem Korrespondenten der „Neuen Zeitung“ in einem Interview, daß die sowjetische Besatzungszone als 17. Sowjetrepublik der UdSSR angesehen werde. Diese Annahme beuge unter anderem auf dem Inhalt eines Gespräches, das er mit Marschall Wassili Sokolowski, dem sowjetischen Oberbefehlshaber in Deutschland, geführt habe. Der Anschluß an Sowjetrußland stelle die von den „interessierten Instanzen“ gewünschte politische Tendenz dar, die in „etwas voreiligen Resolutionen“ in verschiedenen Orten der Sowjetzone bereits ihren sichtbaren Ausdruck gefunden habe. Die Polizei und besonders die Verbände, die mit der MVD (Sowjetischer Geheimdienst) zusammenarbeiten, seien ursprünglich unter der Befehlsgewalt des Innenministeriums stehend im Laufe der Zeit auf kaltem Wege völlig der Zentralverwaltung für Inneres, die sich offiziell noch immer im Aufbau befinde, unterstellt worden.

gehört.“ Er, Paul, habe in mehreren Reden die Arbeiter darauf hingewiesen, daß sie von Mai 1946 ab „für das Land und somit letzten Endes für sich selbst arbeiten.“ Sechs Wochen danach seien jedoch sämtliche größeren Betriebe in sowjetische Firmen umgewandelt worden. „Die später vielfach propagierte Rückgabe einzelner Betriebe an die Länder habe recht eigenartige Ursachen gehabt. So sei zum Beispiel der größte Hofhofen der Sowjetzone „Unterwöllborn“ von den Sowjets an die Thüringer Landesverwaltung zurückgegeben worden, weil „Unterwöllborn“ mit einem jährlichen Defizit von 20 Millionen Mark arbeite. Heute müsse das Defizit von Thüringen getragen werden, während die Sowjets weiterhin die Produkte erhielten.“

Diese Zentralverwaltung erhalte ihre Anordnungen direkt vom MVD-Hauptquartier in Karlsruh, das von General Makarov befehligt werde.

Die „größte Katastrophe“ für die Sowjetzone seien, so fuhr Dr. Paul fort, die sowjetischen Aktiengesellschaften, die das Land „vollständig aussaugen“. Die Ministerpräsidenten seien in bezug auf die sowjetischen AGs in eine besonders prekäre Lage hineinmanövriert worden. Man habe sie nämlich zur Malfeier des Jahres 1946 erlassen lassen, daß „die einzelnen Betriebe dem jeweiligen Land

Die Lage der bürgerlichen Parteien in der Sowjetzone beurteilt Dr. Paul durchaus pessimistisch. „Man muß ihnen geredlicher zugehen“, sagte er, „daß sie bis zur Landtagswahl und noch einige Zeit darüber hinaus versucht haben, ein eigenes politisches Leben zu führen.“ Seit der Moskauer Konferenz jedoch seien die Absichten der SED, die bis dahin noch stark mit „demokratischem Flitter“ verhangen gewesen seien, offensichtlich und die bürgerlichen Parteien nach und nach immer mehr zu Scheinparteien geworden. Sie würden dazu benutzt, um den Westmächten und der übrigen Welt den Anschein demokratischer Zustände in der sowjetischen Zone vorzutäuschen.

Das Interesse an dem augenblicklichen Status des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald sei sehr groß, führte Dr. Paul weiter aus. Doch seien wirklich zuverlässige Einzelheiten nur sehr schwer zu erfahren. Ein Zutritt zum Lager sei nicht möglich. Sämtliche Anfragen blieben unbeantwortet oder wurden ausweichend beantwortet. Auch über den Umfang der Verschleppungen könne man kein Zahlenmaterial erhalten, obwohl „der Griff aus dem Dunkel schwer auf den Menschen der Sowjetzone laste.“

CSU-Landesaussschuß-Konferenz - „Deutschland muß geholfen werden“

Erlangen, 5. Jan. (Dena) Der bayerische Ministerpräsident Dr. Hans Ehard forderte hier am Sonntag, dem zweiten Tag der CSU-Landesaussschuß-Konferenz, Amerika solle die Rückgabe der an Frankreich und anderen Mächte übergebenen deutschen Kriegsgefangenen verlangen. Er erklärte, in Valta sei „ein Abkommen über Menschenhandel“ abgeschlossen worden, indem man Kriegsgefangene einer anderen Macht überstellt habe. Für Vorkommnisse dieser Art seien in den Nürnberger Prozessen schwere Strafen ausgesprochen worden. Man solle deshalb jetzt rückgängig machen, was als falsch erkannt worden sei.

Der Ministerpräsident verglich zum Schluß seiner Rede die Lage des deutschen Volkes mit der eines Ertrinkenden, den die Kräfte verlassen und dem unter allen Umständen geholfen werden müsse. Wenn die Besatzungsmacht nicht einsehe, daß mit einem solchen Volk keine Demokratie aufzubauen sei, dann würden entweder die Kommunisten oder die Nationalisten gestärkt werden; das eine sei so schlimm wie das andere.

Der Direktor der Verwaltung für Wirtschaft beim Wirtschaftsrat, Dr. Johannes Semler, erklärte in seinem Referat, für den Fall, daß Deutschland zunächst nicht in den Marshall-Plan einbezogen werden würde, sondern eines der verzinrenden Überbrückungskredite erhalte, müßten die Deutschen den Alliierten sagen: „Übernehmt die Verantwortung allein!“

In der gesamten Eisenindustrie habe kein einziger Deutscher etwas zu sagen. Dr. Semler forderte, denn auch der Treuhänder Dinkelbach leitete eine englische Dienststelle. Die englische Wirtschaftspolitik betreibe die bewußte Auseinanderlösung der gewachsenen, einzigartigen Verbundindustrie zwischen Kohle und Eisen. Die unverhältnismäßig geringe Förderung von 400 000 t Kohle an der Ruhr sei nicht durch den Krieg und Hitler verschuldet, sondern „das Resultat der

Kreise setzen daraufhin zum Teil selbst Mindestliefermengen fest, die „naturngemäß“ mehr den eigenen Wärdern als den allgemeinen Erfordernissen entsprächen.“

Die schließlich getroffenen Erfassungsmaßnahmen kamen zu spät. Die Eisenbahn hat nach dem Bericht Schlange-Schönings durch unerlaubte Kartoffeltransporte für sich und andere Betriebe wesentliche Kartoffelmengen der ordentlichen Bewirtschaftung entzogen. Ferner sollen Kartoffeln gegen Kohle eingetauscht und, zum Teil falsch deklariert, als Dienstgut unkontrolliert befördert worden sein. Die Polizei ist nach ihren Angaben, wie es weiter in dem Bericht heißt, nicht in der Lage, wirksame Kontrollen durchzuführen. Die allgemeine Polizei darf nicht ohne weiteres das Bahngelände betreten, und die Bahnpolizei sei offenbar nicht in der Lage und teilweise auch nicht gewillt, die erforderlichen Transportkontrollen durchzuführen.

Weiterhin wurde nach dem Bericht die Durchführung des Gesetzes über die Kartoffelbewirtschaftung dadurch gefährdet, daß Gesetze und Anordnungen der Zentralbehörden nur mit großer Verzögerung oder überhaupt nicht weitergegeben wurden. So sei das am 3. Oktober erlassene oben erwähnte Besatzungsgesetz nach Feststellung der Prüfer am 30. Oktober bei der Mehrzahl der Kreisstellen noch nicht bekannt gewesen. Die darin angeordneten Maßnahmen über die Bildung von Erfassungsausschüssen und das öffentliche Aushängen von Listen mit der Ablegerliste, die den erzeugenden Betrieben seien in den Gemeinden gar nicht oder nur verspätet durchgeführt worden. In einer Anlage zum Bericht werden Fälle angeführt, in denen die Justizbehörden nach Ansicht Dr. Schlange-Schönings durch unangebrachte Milde zu Verstoßen angelegt haben.

Der Ministerpräsident verglich zum Schluß seiner Rede die Lage des deutschen Volkes mit der eines Ertrinkenden, den die Kräfte verlassen und dem unter allen Umständen geholfen werden müsse. Wenn die Besatzungsmacht nicht einsehe, daß mit einem solchen Volk keine Demokratie aufzubauen sei, dann würden entweder die Kommunisten oder die Nationalisten gestärkt werden; das eine sei so schlimm wie das andere.

Der Direktor der Verwaltung für Wirtschaft beim Wirtschaftsrat, Dr. Johannes Semler, erklärte in seinem Referat, für den Fall, daß Deutschland zunächst nicht in den Marshall-Plan einbezogen werden würde, sondern eines der verzinrenden Überbrückungskredite erhalte, müßten die Deutschen den Alliierten sagen: „Übernehmt die Verantwortung allein!“

In der gesamten Eisenindustrie habe kein einziger Deutscher etwas zu sagen. Dr. Semler forderte, denn auch der Treuhänder Dinkelbach leitete eine englische Dienststelle. Die englische Wirtschaftspolitik betreibe die bewußte Auseinanderlösung der gewachsenen, einzigartigen Verbundindustrie zwischen Kohle und Eisen. Die unverhältnismäßig geringe Förderung von 400 000 t Kohle an der Ruhr sei nicht durch den Krieg und Hitler verschuldet, sondern „das Resultat der

Kreise setzen daraufhin zum Teil selbst Mindestliefermengen fest, die „naturngemäß“ mehr den eigenen Wärdern als den allgemeinen Erfordernissen entsprächen.“

Die schließlich getroffenen Erfassungsmaßnahmen kamen zu spät. Die Eisenbahn hat nach dem Bericht Schlange-Schönings durch unerlaubte Kartoffeltransporte für sich und andere Betriebe wesentliche Kartoffelmengen der ordentlichen Bewirtschaftung entzogen. Ferner sollen Kartoffeln gegen Kohle eingetauscht und, zum Teil falsch deklariert, als Dienstgut unkontrolliert befördert worden sein. Die Polizei ist nach ihren Angaben, wie es weiter in dem Bericht heißt, nicht in der Lage, wirksame Kontrollen durchzuführen. Die allgemeine Polizei darf nicht ohne weiteres das Bahngelände betreten, und die Bahnpolizei sei offenbar nicht in der Lage und teilweise auch nicht gewillt, die erforderlichen Transportkontrollen durchzuführen.

Weiterhin wurde nach dem Bericht die Durchführung des Gesetzes über die Kartoffelbewirtschaftung dadurch gefährdet, daß Gesetze und Anordnungen der Zentralbehörden nur mit großer Verzögerung oder überhaupt nicht weitergegeben wurden. So sei das am 3. Oktober erlassene oben erwähnte Besatzungsgesetz nach Feststellung der Prüfer am 30. Oktober bei der Mehrzahl der Kreisstellen noch nicht bekannt gewesen. Die darin angeordneten Maßnahmen über die Bildung von Erfassungsausschüssen und das öffentliche Aushängen von Listen mit der Ablegerliste, die den erzeugenden Betrieben seien in den Gemeinden gar nicht oder nur verspätet durchgeführt worden. In einer Anlage zum Bericht werden Fälle angeführt, in denen die Justizbehörden nach Ansicht Dr. Schlange-Schönings durch unangebrachte Milde zu Verstoßen angelegt haben.

Der Ministerpräsident verglich zum Schluß seiner Rede die Lage des deutschen Volkes mit der eines Ertrinkenden, den die Kräfte verlassen und dem unter allen Umständen geholfen werden müsse. Wenn die Besatzungsmacht nicht einsehe, daß mit einem solchen Volk keine Demokratie aufzubauen sei, dann würden entweder die Kommunisten oder die Nationalisten gestärkt werden; das eine sei so schlimm wie das andere.

Experimentierpolitik der englischen Labour-Regierung.“ Man meide es den Engländern abgewöhnen“, rief Dr. Semler aus, „drei Jahre nach Kriegsende die deutsche Wirtschaft auszuplündern. Außerdem flossen im Westen die Produkte deutscher Arbeitskraft über die französische Zonenregierung nach Frankreich ab und würden mit Mark bezahlt.“

Der Zeitpunkt für die Durchführung einer Währungsreform müsse von den Deutschen beeinflusst werden. Die Reform dürfe nicht als fertiger Befehl der Alliierten auf den Tisch kommen, was sich dann bei der den Deutschen überlassenen Durchführung herausstelle, daß die „unzweckmäßig oder unmöglich“ sei.

SPD contra „Neue Zeitung“

Hannover, 5. Jan. (Dena) Der Parteivorstand der SPD erklärte am 31. Dez. zu einem Artikel der „Neuen Zeitung“, dem Blatt der US-Armee für die deutsche Bevölkerung, in dem die Haltung der SPD kritisiert wird, die Verantwortung für die Alliierten zugegeben. Einer Nation, deren Durchführung herausstelle, daß die „unzweckmäßig oder unmöglich“ sei.

Die „Neue Zeitung“ hatte u. a. geschrieben: „Die Verantwortung für das, was geschehen soll, wird von viel zu vielen den Alliierten zugeschoben. Einer Nation, deren Durchführung herausstelle, daß die „unzweckmäßig oder unmöglich“ sei.“

Führer sich ein Jahrzehnt in Schuld gebadet haben, steht es schlecht an, sich jetzt die Hände in Unschuld zu waschen. Besonders auffallend ist diese Haltung bei der SPD, die den Verdacht, sie würde die Verantwortung für das, was geschehen soll, auf die Alliierten schieben, nicht beachtet und sich passiv gegeben.

Die Verantwortung werde aber jetzt bewußt verschoben. Mit „Führern, die sich ein Jahrzehnt in Schuld gebadet haben, seien offenbar Personen aus der näheren Umgebung der „Neuen Zeitung“ gemeint. Bei einer Namensnennung wäre es der SPD vielleicht möglich, die „amerikanischen Zusammenhänge mit dem Verschwörerpartikularismus der CDU-CSU“ zu erklären. „Wir werden ihnen dann Gelegenheit geben“, heißt es abschließend, „ihren von der Neuen Zeitung gelobten Mut zu beweisen.“

Die Verantwortung werde aber jetzt bewußt verschoben. Mit „Führern, die sich ein Jahrzehnt in Schuld gebadet haben, seien offenbar Personen aus der näheren Umgebung der „Neuen Zeitung“ gemeint. Bei einer Namensnennung wäre es der SPD vielleicht möglich, die „amerikanischen Zusammenhänge mit dem Verschwörerpartikularismus der CDU-CSU“ zu erklären. „Wir werden ihnen dann Gelegenheit geben“, heißt es abschließend, „ihren von der Neuen Zeitung gelobten Mut zu beweisen.“

Die Verantwortung werde aber jetzt bewußt verschoben. Mit „Führern, die sich ein Jahrzehnt in Schuld gebadet haben, seien offenbar Personen aus der näheren Umgebung der „Neuen Zeitung“ gemeint. Bei einer Namensnennung wäre es der SPD vielleicht möglich, die „amerikanischen Zusammenhänge mit dem Verschwörerpartikularismus der CDU-CSU“ zu erklären. „Wir werden ihnen dann Gelegenheit geben“, heißt es abschließend, „ihren von der Neuen Zeitung gelobten Mut zu beweisen.“

Die Verantwortung werde aber jetzt bewußt verschoben. Mit „Führern, die sich ein Jahrzehnt in Schuld gebadet haben, seien offenbar Personen aus der näheren Umgebung der „Neuen Zeitung“ gemeint. Bei einer Namensnennung wäre es der SPD vielleicht möglich, die „amerikanischen Zusammenhänge mit dem Verschwörerpartikularismus der CDU-CSU“ zu erklären. „Wir werden ihnen dann Gelegenheit geben“, heißt es abschließend, „ihren von der Neuen Zeitung gelobten Mut zu beweisen.“

Die Verantwortung werde aber jetzt bewußt verschoben. Mit „Führern, die sich ein Jahrzehnt in Schuld gebadet haben, seien offenbar Personen aus der näheren Umgebung der „Neuen Zeitung“ gemeint. Bei einer Namensnennung wäre es der SPD vielleicht möglich, die „amerikanischen Zusammenhänge mit dem Verschwörerpartikularismus der CDU-CSU“ zu erklären. „Wir werden ihnen dann Gelegenheit geben“, heißt es abschließend, „ihren von der Neuen Zeitung gelobten Mut zu beweisen.“

Die Verantwortung werde aber jetzt bewußt verschoben. Mit „Führern, die sich ein Jahrzehnt in Schuld gebadet haben, seien offenbar Personen aus der näheren Umgebung der „Neuen Zeitung“ gemeint. Bei einer Namensnennung wäre es der SPD vielleicht möglich, die „amerikanischen Zusammenhänge mit dem Verschwörerpartikularismus der CDU-CSU“ zu erklären. „Wir werden ihnen dann Gelegenheit geben“, heißt es abschließend, „ihren von der Neuen Zeitung gelobten Mut zu beweisen.“

Die Verantwortung werde aber jetzt bewußt verschoben. Mit „Führern, die sich ein Jahrzehnt in Schuld gebadet haben, seien offenbar Personen aus der näheren Umgebung der „Neuen Zeitung“ gemeint. Bei einer Namensnennung wäre es der SPD vielleicht möglich, die „amerikanischen Zusammenhänge mit dem Verschwörerpartikularismus der CDU-CSU“ zu erklären. „Wir werden ihnen dann Gelegenheit geben“, heißt es abschließend, „ihren von der Neuen Zeitung gelobten Mut zu beweisen.“

Die Verantwortung werde aber jetzt bewußt verschoben. Mit „Führern, die sich ein Jahrzehnt in Schuld gebadet haben, seien offenbar Personen aus der näheren Umgebung der „Neuen Zeitung“ gemeint. Bei einer Namensnennung wäre es der SPD vielleicht möglich, die „amerikanischen Zusammenhänge mit dem Verschwörerpartikularismus der CDU-CSU“ zu erklären. „Wir werden ihnen dann Gelegenheit geben“, heißt es abschließend, „ihren von der Neuen Zeitung gelobten Mut zu beweisen.“

Die Verantwortung werde aber jetzt bewußt verschoben. Mit „Führern, die sich ein Jahrzehnt in Schuld gebadet haben, seien offenbar Personen aus der näheren Umgebung der „Neuen Zeitung“ gemeint. Bei einer Namensnennung wäre es der SPD vielleicht möglich, die „amerikanischen Zusammenhänge mit dem Verschwörerpartikularismus der CDU-CSU“ zu erklären. „Wir werden ihnen dann Gelegenheit geben“, heißt es abschließend, „ihren von der Neuen Zeitung gelobten Mut zu beweisen.“

Paul politisch ein „toter Mann“

Berlin, 5. Jan. (Dena) Zu den „Enthüllungen“ des ehemaligen thüringischen Ministerpräsidenten Dr. Rudolf Paul schreibt der „Sozialdemokrat“ am 2. Jan., daß Dr. Paul weder ein „unfreiwilliges Opfer des SED-ismus, noch ein armer willensloser Befehlspfeifer gewesen sei“.

In der Nazizeit habe er seine „antisemitische Gesinnung“ dadurch bekundet, daß er sich von seiner jüdischen Frau scheiden ließ und sie damit wissentlich dem KZ überantwortete.

Dr. Paul sei auf dem „Gothaer Einigungspartei“ demonstrativ von der LDP zur SED übergetreten und habe sich damit Armut und Würden gesichert, schreibt der „Sozialdemokrat“ weiter. Dr. Paul habe sich durch das in Deutschland einmalige thüringische „Gesetz gegen die Gerichtemacher“ gegen unbecommene Kritiker gesichert. Wenn Paul also jetzt als politischer „Flüchtling“ in München erkläre, er habe „die Verlogenheit der Demokratie in der Sowjetzone nicht länger mit seinem Namen decken wollen“, so sei demgegenüber anzuführen, daß er auf jede Kritik dieser von ihm mitverschuldeten Zustände sowohl privat wie öffentlich mit Wutausfällen reagiere, die des Teppichbeilers Hitler würdig gewesen wären. Es bedürfte für die „Quislingrolle der SED-Führer“ keiner „Enthüllungen eines ihrer Hauptbetrieber“, mehr Dr. Paul sei politisch „ein toter Mann“ und seine posthume „Erinnerungen“ ohne öffentliches Interesse.

Kurz beleuchtet

Alle Vorbereitungen sind getroffen. Am Mittwoch beginnt die Konferenz der deutschen Ministerpräsidenten mit General Clay und Robertson in Frankfurt. Maßgebliche Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft sind schon am Tagungsort eingetroffen und haben sich zu Vorbesprechungen zusammengefunden. Nach Äußerungen General Clays kann man annehmen, daß die Konferenz vor allem zur Verbesserung der Arbeit des Wirtschaftsrates beitragen soll, wenn auch nach diesen Vermutungen eine Diskussion über ein Zustandekommen der Trizone nicht in unmittelbare Reichweite gerückt werden soll. Irwischen aber ist, nachdem der Besuch General Königs bei General Clay zur reinen Höflichkeit erklärt wurde, die Möglichkeit einer Teilnahme französischer Vertreter an dem Treffen erwogen worden. Das ist insofern ein Hoffnungsschimmer auch in bezug auf die Dreizonen-Vereinigung und damit einer wesentlichen Erleichterung im deutschen Wirtschaftsleben. Liest man in diesem Zusammenhang noch die Meldungen, daß eine Konferenz der gesamten SP West- und Mitteleuropas über den Marshallplan geplant ist und daß auch Frankreich und Italien von den USA jetzt mit einer Soforthilfe bedacht worden sind, so bietet sich trotz aller Skepsis, die uns Deutsche befallen hat, noch einmal ein Ausweg in die Zukunft, daß man sich um helfen wird. Und wir helfen ja so gern — immer noch. G.W.

NEUESTE NACHRICHTEN

Etwas über militärische Dummheit

Wenn jemand von anderen für dumm gehalten wird, wird er böse. Mir geht es wenigstens so, Herr Molotow hat es diesmal vermerkt, die ganze Welt für dumm zu halten, als sie ist. Wie unverschämlich, so viele Menschen auf einmal gegen sich aufzubringen!

Die Entwicklung gewisser Industrien der Bizone sei notwendig gewesen, um Westdeutschland als strategische Basis oder für abenteuerliche Angriffspläne des amerikanischen Imperialismus auszubilden.

Das hat Herr Molotow in seiner Erklärung zum Scheitern der Londoner Konferenz gesagt. Er hat sich ziemlich viel Zeit zu seiner Erklärung genommen; man hätte eigentlich erwarten können, daß etwas Durchschlagskräftiges dabei herauskommen wäre.

Mit diesem, eben zitierten Satz wird dem amerikanischen Imperialismus, diesem „Gottseibeiu“ des Kommunismus, so viel militärische Dummheit in die Schuhe geschrieben, daß es selbst der dümmste europäische Arbeiter merken wird. Und das ausgesprochen zu einer Zeit, in der die amerikanische Außenpolitik von G. C. Marshall, dem Generalsekretär des 2. Weltkrieges, geführt wird.

Westdeutschland als strategische Basis für einen Angriffskrieg gegen Rußland auszubauen, bedeutet doch im Zeitalter der Bomben- und Atomkriege dasselbe, als ob man eine Munitionsfabrik nicht in die Festung hinein, sondern — sagen wir einmal — in den Festungsgraben stellt, damit der Feind möglichst schnell herankommt. Amerika, das mit seinen weiten Räumen zwischen zwei Ozeanen praktisch geschützt ist, dessen Industrie als im Ernstfall ungestört Waffen produzieren könnte, wird kaum eine neue waffen-schmiedende Industrie gerade in Westdeutschland, gewissermaßen auf dem Präsentierteller, Luftangriff dargeboten, wieder aufbauen.

Das ist Propaganda, und nicht einmal geschickte, zur Verwendung in Deutschland. Sie ist deswegen nicht geschickte, weil sie vergißt, daß wir fünf Jahre lang Bombenkriegserfahrungen gesammelt haben, also gewissermaßen Fachleute auf diesem Gebiete sind. Sie ist deswegen nicht geschickte, weil sie uns für dumm hält, als wir sind. Und das verärgert — siehe oben! H. B.

Klare Verantwortlichkeit

Die politische Entwicklung in Südbaden ist durch eine plötzliche Aktion der SPD wieder in Fluß gekommen. In einem Schreiben im Anschluß an die am 29. Dezember abgehaltene Fraktions-Sitzung hat die sozialdemokratische Landtagsfraktion in Südbaden Landtag der CDU-Fraktion mitgeteilt, daß sie ihre Minister ersuchen wird, aus der bisherigen Koalitionsregierung auszuscheiden.

Bei den beiden sozialdemokratischen Ministern handelt es sich um den Wirtschaftsminister Leibbrand, der im Lande seine große Sympathie genießt und um den Justizminister Dr. Nordmann, dem früheren Landeskommissar des Landeskommissariatsbezirks Konstanz.

Mit dieser Erklärung der SPD ist der bisherigen Regierung die Grundlage entzogen, und Staatspräsident Wöhrle wird gezwungen sein, entweder den abermaligen Versuch zu unternehmen, die DVP, die sich bei der letzten Regierungsbildung versagte, zu einem Eintritt in die Regierungskoalition mit der CDU zu bewegen oder, was wahrscheinlicher ist, eine reine CDU-Regierung durch Berufung von CDU-Leuten auf den Posten des Wirtschafts- und Justizministers zu ernennen. Den Anstoß für die Entscheidung der SPD, die damit den gleichen Weg geht wie die bayerischen Sozialdemokraten, gaben schwerwiegende Differenzen über die grundsätzliche Ausgestaltung einer Koalitionsregierung von Grund und Boden in den schwer fliegergeschädigten Städten.

Über die personelle Gestaltung einer Koalitionsregierung scheint die SPD die Auffassung vertreten zu haben, daß im Hinblick auf die nach außen hin zu tragende gemeinsame Verantwortung für die Regierungsbildung beide Koalitionspartner, ungeachtet ihrer Koalitionsstärke, eine gleichmäßige personelle Besetzung der Gesamtregierung verlangen könnten, während die CDU die Meinung ist, daß die Regierung im ungefähren Verhältnis zur Fraktionsstärke zu bilden sei.

Im Parlament verfügen die CDU über 24 und die SPD über 13 von insgesamt 60 Mandaten. Wie aus dem Schreiben der SPD an die CDU hervorgeht, konnte in 2 weiteren Punkten im Kabinettsentwurf die Frage der Bodenreform, wobei die CDU-Vertreter die im Entwurf des landwirtschaftlichen Hauptverbandes und der Gewerkschaften enthaltenen Gesichtspunkte nicht gebilligt hatten, so daß es im Kabinettsentwurf die Bodenreformgesetz zu einer Kampfabstimmung gekommen war, bei der in Abwesenheit der CDU-Innenminister Dr. Schühly der verfassungsmäßig festgelegte Stimmenscheid des Staatspräsidenten den Ausschlag zugunsten der CDU-Auffassung gegeben hat.

Die Anwendung des Stimmenscheids seitens des Staatspräsidenten wäre aber nicht notwendig gewesen, wenn nicht der der CDU angehörende frühere Reichstagsabgeordnete des Zentrums und jetzige Landwirtschaftsminister Schill, ein aktiver Bauer, selbst gegen den Entwurf votiert hätte.

Der andere Differenzpunkt bestand in der ablehnenden Haltung der CDU dem sozialdemokratischen Verlangen gegenüber, den in den fliegergeschädigten Städten zu bebauenden Grund und Boden zugunsten der Gemeinden zu enteignen.

Durch den Entschluß der SPD, die Minister aus dem Kabinettsentwurf in Südbaden eine neue Lage geschaffen und die Möglichkeit gegeben, die Regierungspolitik aus der allerdings durch die bisherigen Koalitionsparteien nicht allein zu verantwortenden Stagnation in das Fahrwasser klarer Verantwortlichkeit zu steuern. Es liegt an der CDU die Politik über die absolute Mehrheit im Landtag verfügt, Männer mit klarem Blick und entschiedener Haltung mit dieser für die Popularisierung des demokratischen Gedankens höchst wichtigen Aufgabe zu betrauen. N. B.

Bauernrevolte in Österreich

Wien, Eigenbericht unseres österreichischen Korrespondenten

Als in der niederösterreichischen Ortschaft Gols (Burgenland) einer der größten Höfe über Weisung des zuständigen Landesernährungsamtes überprüft werden sollte, wurden dessen Beauftragte samt Bürgermeister und Ortsaufbringungsleiter von über 100 Bauern mit Steinen bombardiert und verprügelt. Als Gendarmerie den Hof umstellte und die Besitzer verhaftete, sammelten sich 200 protestierende Bauern in Gols, deren Rädelsführer der Polier in einem Wirtschaftsausschuß gesperrt wurden, den daraufhin mehrere hundert Bauern stürmten. Hierbei plötzliche aus der Menge fallende Pistolen-schüsse wurden von der Polizei mit Karabinerfeuer erwidert, das zwei Demonstranten tötete, drei schwer verletzte.

Dieser Vorfall erregte in Österreich Sensation als offener Ausbruch einer seit langem schwellenden Spannung zwischen österreichischer Bauernschaft und Wiener Zentralregierung, deren Anordnungen auf wachsenden föderalistischen Gegendruck in den agrarischen Bundesländern stoßen.

Sie begann, als die Wiener Regierung anläßlich ihrer Bitte um Steigerung des österreichischen Tugessatzes auf 1000 Kalorien an die Alliierten auf Grund errechneten österreichischen Ertragszahlen feststellte, daß im beendeten Jahr der Österreicher „eigentlich“ pro Periode 20 Kilo Obst, 1,5 Kilo Fleisch, ein viertel Kilo Fett, ein sechstel Kilo Käse, täglich ein viertel Liter Vollmilch insgesamt 150 Kilo Kartoffeln hätte erhalten können. Sofort durchgeführte Stichproben ergaben höhere Ertragszahlen, die von den österreichischen Erfassungsausschüssen nach Wien gemeldet (allein in einem Bezirk um 200 000 t Kartoffeln, in Wels gar bei sämtlichen überprüften Höfen um namhafte Getreidebeträge mehr), woraufhin die Wiener Regierung eine radikale Erfassung- und Überprüfungsreform beschloß, alle Ortsaufbringungsämter zu monatlicher Meldung jedes unter 500 abliefernden Bauern zwingt, den dann ein Schnellverfahren zu Freiheitsstrafen verurteilt. Gleichzeitig verkündete die Regierung, die sich zur Sicherung des täglichen Brotes, das sie erniedrigt, die Getreideanbau oder ersatzweise den von Hafer, Gerste usw. Besitzern landwirtschaftlicher Flächen jeweils aufzutragen bei Kerkerstrafen bis zu 5 Jahren für die Nichtbefolgung, ferner für Verfüren der Ortswahlmänner, die die Befolgung des Bemessungszwangs zum Brotmehl, der Ausnahmvorschriften usw.

Die Bauern führten seitdem gegen die „Rechenkunststücke des grünen Tisches“ und die „unwürdigen Ausbeutergesetze“ die diesjährigen Mißerntezahlen ins Feld, die allerdings in Oberösterreich 30 Prozent der Vorjahresernte, in ganz Österreich 20 Prozent, und abgetriebene Notwendigkeiten betragen und verweisen darauf, daß verheerender Landarbeitermangel 27 000 Neustudierende allein in Wien gegenüberstünden, bei der Ausbreitung ehemaliger Truppenübungsplätze 80 Prozent Ausländer, 15 Prozent Bodenspekulanten und nur 5 Prozent österreichische Bauernsöhne berücksichtigt wurden und Österreichs Bauern die 25 Wochenschillinge für einen Knecht — samt Nahrung, Wohnung, Kasse usw. jährlich 1900 S nur durch drei Schwarzarbeiter gewinnen aufbringen könnten, da der Preis für ein Tagewerk hier für hergeben müßten.

Für die Stimmung in der österreichischen Bauernschaft bezeichnend ist das jüngste Gallup-Umfrage-Ergebnis des „Österreichischen Forschungsinstituts für Wirtschaft und Politik“, wonach 93 Prozent aller österreichischen Bauern für eine neue Regierung, 61 Prozent für die Übertragung der Regierungsfür den Sowjetunion auf Österreich stimmen.

Die Frauen und die Gemeindevahlen

Bei der Rückschau auf das vergangene Jahr lohnt es sich, einen Blick auf die Gemeinderatswahlen vom 7. Dezember zu werfen. Es herrschte eine auffallende Wahlmüdigkeit vor. Die Nichtwähler blieben hinter der dichten Dornenhecke ihrer eigenen Sorgen und guckten nicht darüber hinweg, daß hierzu auch viele Frauen gehörten mit ihrer täglichen Sicht auf zerrissene Strümpfe und schrumpfende Kartoffelvorräte ist nicht verwunderlich.

Die Wahl stand unter dem Zeichen der Londoner Konferenz, und es wurde in den Wahlen mehr von der großen Politik als von den Sorgen der Gemeinden und ihrer Bürger gesprochen. In unserer Lage ist das nur natürlich, denn die Ursache unserer verschiedenen Sorgen, außer der Bekleidung und Ernährung, hängt ja zum großen Teil von Entscheidungen der Besatzungsmächte ab. Aber für die Masse der Frauen liegen die politischen Probleme abseits ihrer täglichen Interessen.

Soweit sie verheiratet sind, überlassen sie dieses Gebiet ihren Männern, und aus dieser Einstellung heraus waren auch die Ehemänner „federführend“ beim Ausfüllen der Wahlzettel, soweit passanisiert und kumuliert wurde. Auf den Bezirkswahlstellen und auf dem statistischen Amt sah man es ungezählte Wahlzettel an, daß die ganze Familie mit einer Handschrift die gleichen Änderungen vorgenommen hatte, und daß die Bearbeitung der Wahlzettel durch das männliche Familienglied meist zugunsten der vorgeschlagenen Frauen ausfiel. Und es wurde in Karlsruhe erheblich passanisiert und kumuliert! Mannheim hat bei seinen 84 000 gültigen Stimmzetteln nur rund 16 700 veränderte Zettel gehabt, während

Millionenschäden durch Hochwasser

Bad Nauheim, 5. Jan. (Dena) Aus Saarbrücken, Köln, Düsseldorf, Bremen und Heidelberg sowie aus Südbaden laufen ständig neue Meldungen über beträchtliche Hochwasserschäden ein. So ist beispielsweise die Stadt Saarbrücken fast gänzlich von der Außenwelt abgeschnitten, während in anderen Orten die Hochwasserschäden in die Millionen stiegen. Der Ministerpräsident des Saarlandes, der während der Ministerkonferenz in Karlsruhe, beschloß eine Reihe von Not- und Hilfsmaßnahmen. Den unmittelbar Geldleistungen sollen sofort drei Millionen Franken zur Verfügung gestellt werden.

Der Hochstand der Saar betrug 92 m. Viele Straßen wurden aufgerissen, Gärten verwüstet, die Parterrewohnungen zahlreicher Häuser stehen unter Wasser, aus den Häfen wurden Kohlen fortgeschwemmt, und abgetriebene Schiffe liegen auf den Ufern der Saar. Der Wasserstand des Rheines erreichte bei Köln am Neujahrstag mit 9,41 m eine seit 1928 nicht mehr erreichte Höhe. Am 2. Januar war das Wasser lediglich um drei Zentimeter gesunken. 8 000 Zentner Milchpulver, die in den Kellern der Firma Necke in Köln-Neuhafen lagerten, wurden am Neujahrstag durch das Hochwasser vernichtet. Ebenso wurde der gesamte Zement für den Wiederaufbau der Köln-Deutzer Rheinbrücke unbrauchbar gemacht. In der Kölner Bevölkerung herrscht starke Erregung darüber, daß die Milchpulver-Vorräte nicht rechtzeitig sichergestellt wurden.

Die Fulda ist an einzelnen Stellen, beispielsweise in Rothenburg, bis zu 4,5 m gestiegen. Die Überschwemmungen erzielten erhebliche Ausmaße und verursachten, da sie nachts eintraten, und die Bevölkerung nicht gewarnt werden konnte, in einigen Orten erhebliche Viehverluste. In der Kinzig, einem Nebenfluß des Mains, ist das Land kilometerweit überschwemmt, und viele Höfe sind nur noch mit Booten zu erreichen. Von sämtlichen süddeutschen Flüssen richtete der Neckar bisher die größten Zerstörungen an. Die Aufbaubarbeiten der Friedrichbrücke in Heidelberg wurden durch das Hochwasser erheblich gestört, und ihr Bauwerk dürfte sich um ein halbes Jahr verzögern. Der Gesamtschaden, den das Neckarhochwasser in Heidelberg anrichtete, wird auf 1,5 Millionen Mark geschätzt.

Überfall im Tanzlokal. Etwa vierzig verkleidete Polen überfielen am 28. Dezember ein Tanzlokal in der Gasse 10 in Nid, wo bei zahlreiche Personen zum Teil schwer durch Messerhiebe verletzt wurden. Es wird berichtet, daß es sich bei dem Überfall um einen Racheakt handelte, da am Samstag zwei angetrunkene Polen aus der Gaststätte herausgeworfen wurden, als sie versuchten, einen neuartigen Rasierapparat einzudringen.

Für den Kampf wider den Bart. Ein in England wohnhafter Erfinder hat den Zweck, ein neuartiges Rasierapparat entwickelt, der die Form eines gleichschenkeligen Dreiecks hat, so daß un bequem zu gehängende Gesichtsteile leichter ausgerastet werden können. Bei gleichem Materialverbrauch hat die Klinge anstatt zwei Scheidestellen deren drei. Bei den derzeitigen Materialverknappungen bedeutet die 30prozentige bessere Rasierleistung einen erheblichen Gewinn.

Dank für Rettung aus Senot sprach der Bremer Senator Dr. Apelt dem Kapitän und der Besatzung des Argo-Dampfers „Ibis“ die Länder zu haben, um den Menschen überall wieder Hoffnung zu geben.

Er verlangt mehr Handel, nicht mehr Hetze und Luftkredite. Ob im Recht oder Unrecht, jedenfalls glaubt er, daß es Armut verschlimmert durch Verzweiflung ist, die die Menschen veranlaßt, Kommunismen zu werden, und er will die Ausbreitung des Kommunismus nicht durch Armut und Luftkredit zum Haken bringen, sondern „indem man den Leuten etwas Besseres bietet“.

Was man nun auch über diese Politik sagen mag, man kann sie nicht als unamerikanisch bezeichnen. In ihrem Hinweis auf Handel und Lebensstandard, in ihrer Zurückweisung jeder militärischen Lösung der Weltprobleme ist sie so amerikanisch wie Cornedbeef und Apfelskuchen. Auf der anderen Hand ist die neue Politik, die Wallace angreift, eine vollständige Umkehrung der amerikanischen Überlieferung. Sie ist nicht demokratisch, weil die vorgeschlagenen politischen Anleihen, die hauptsächlich für militärische Zwecke verwendet werden sollen, die Macht der Reaktionen der amerikanischen Bevölkerung mit dem Faschismus sympathisieren haben. Und, wie Wallace selbst betont hat, weil sie die Welt in zwei feindliche Teile spaltet, die sich eifrig bewaffnen, weil sie die Idee von der „Einigen Welt“ aufgibt, die unsere einzige Hoffnung ist, mit Politik unvermeidlich zum Krieg führen.

Der Grund, warum Henry Wallace so begeistert in England empfangen und so aufmerksam angehört worden ist, ist nicht, daß Amerika Roosevelts als hoffnungsvoll wichtig ist, sondern, daß Roosevelts Amerika des „New Deal“, das Amerika des sich der von Armut betroffenen und verwirrt Menschen dieser Welt erinnert. Dies ist das schimmernde Amerika aus dem Traum der Welt, das magische Land im Westen, das keine Tyrannen kannte und jedem Mann seine Chance gab.

Aber die Amerikaner, die Wallace verleumdete oder verspottete, vertreten das verwirrende neue Amerika, mit seinem panischen Furcht vor Rußland, seiner hysterischen Kriegserregung, von denen viele mit dem Furcht vor Rußland, seinen finsternen Hinweisen darauf, daß England und Westeuropa ein Pufferstaat werden könne und den ersten Angriff mit Atombomben über sich ergehen lassen müsse. Wir verstehen weder noch lassen wir dieses neue Amerika. Wir ziehen bei weitem Wallace vor. Sowohl in seinen Anschauungen wie in

Die einzige Bedau

Bäsi!

Einmal genossen wir in der Welt einen ziemlich heftigen Ruf wegen unserer Disziplin und Organisationsgabe. „Lang, lang ist's her!“ — Vierstimmig mit Posaunen zu singen! Der Verfall beider Eigenschaften macht sich im öffentlichen Leben seit 1945 recht breit und erstreckt sich sogar bis in die Kultur hinein. Jedenfalls zeitig der Beginn mancher Auführungen in unserem Staatstheater gerade Orgeln der Disziplinlosigkeit von seiten der Besucher und der mangelnden Organisationsgabe von seiten der Logenschleier. Oder ist Zuspätkommen der Besucher (45 Minuten mit der Stoppuhr in einer Aufführung gemessen) und Duldung der Logenschleier etwa eine Tugend? Die Dummheit sind die Pünktlichen und die Künstler. Die ersteren können sich nicht rächen, die letzteren sollten es. Mit einer schlechten Aufführung oder, indem sie mitten im Text dem Schuldigen mit vernemlichem „Bäsi!“ die Zunge rausstrecken. Wetten, daß er das nächste mal pünktlicher käme? Oder wie wäre, wenn die Logenschleier die Türen erst nach Abschluß wieder öffneten. Das war einmal so der Brauch — ja, ja, ja, schöner, ein pädagogischer Brauch! —

Hindernisse des internationalen Straßenverkehrs abgebaut

Genf, 5. Jan. (Dena-Reuter) Das höchste Maß von Freiheit im internationalen Transportwesen wird im Januar in den meisten europäischen Ländern im Rahmen einer Aktion der UN-Wirtschaftskommission für Europa eingeführt, die eine Erhöhung der Produktion durch Verbesserung des Transportwesens zum Ziele hat. Sieben europäische Länder, Frankreich, Italien, Holland, Schweden, Dänemark, Schweiz und Tschechoslowakei, sind die drei westlichen Zonen Deutschlands sind übereingekommen, versuchsweise ab Januar für sechs Monate alle bestehenden Beschränkungen des internationalen Straßenverkehrs aufzuheben. Eine Anzahl anderer Länder, die sich einverstanden erklärt haben, sind ebenfalls bereit, die bestehenden Kontrollen großzügig anzuwenden.

Ein wichtiger Schritt zur Erhöhung des verfügbaren Transportraumes der Eisenbahn wird die Wiedereinführung der Vorkriegsabkommen über den Waggonaus-tausch sein, die am 1. März stattfinden.

Lortz in der Schweiz

München, 5. Jan. (Dena) Julius Hölzler, der Stellvertreter Alfred Lortz in der WAV, teilte hier Vertretern von Radio München mit, daß Lortz sich zur Zeit in der Schweiz aufhalte, um Bestätigungsmaterial gegen die bayerische Staatsregierung zu sammeln. Wie Ministerialrat Hans Walter vom bayerischen Justizministerium hierzu mitteilte, beabsichtigt sein Ministerium über die amerikanische Militärregierung die Aufhebung Lortz zu beantragen, falls sich herausstellen sollte, daß dieser sich tatsächlich in der Schweiz aufhält.

Interessantes in Kürze

Stalin als Patient. Kollegen des leitenden schwedischen Krebsspezialisten Professor Elis Sörven sind nach einer Denz-Meldung aus Stockholm der Ansicht, daß es sich bei dem unbekannten Patienten, den dieser im Moskauer Krankenhaus, um Stalin handelt. Professor Sörven ist am Samstagmorgen nach Helsinki geflogen, wo ein sowjetisches Sonderflugzeug für ihn bereitstand.

IRO sucht Vermiste

Starrevolt Henrik Jacobus, Holländer, geb. 4. 1. 1904, aus Bergen-Belsen; Stefano Giuseppe, Italiener, geb. 13. 5. 1905; Stein Pavel, Tscheche, geb. 19. 12. 1929; Sterbaska Jolana, geb. 16. 2. 1941; Stern Emil, Tschechin, geb. 20. 8. 1940; Stern Tibor, Tschech, geb. 15. 8. 1942; Sternova Agata, Tschechin, geb. 15. 8. 1937; Sternova Eva, Tschechin, geb. 8. 8. 1936;

„Verschwörung in Deutschland“

„In einem Polizeistaat, der Maschinen, gepolte Tränengas, Panzerwagen und Flugzeuge zur Verfügung hat, können erregte Massen keine Revolution mit nackten Fäusten machen.“ Dieser Satz findet sich in einem Buch, das, wie wir dem „Volkrecht“ in Zürich entnehmen, jetzt in deutscher Übersetzung im Europaverlag in Zürich erschienen ist: Allen Dulles „Verschwörung in Deutschland“.

Allen Dulles ist der Bruder von John Foster Dulles, dem jetzigen außenpolitischen Berater des Staatssekretärs Marshall. Er ist seit 1940 in New York, war vor über zwanzig Jahren ein Jahrzehnt lang im polizeilichen Dienst der USA in verschiedenen europäischen Hauptstädten tätig und übernahm im November 1942 als Sondergesandter Roosevelts die Leitung des Office of Strategic Services bei der amerikanischen Geheimdiensttätigkeit in Bern. Es war eine seiner Hauptaufgaben, von der Schweiz aus Informationen über die Verhältnisse in Deutschland einzuziehen und vor allem festzustellen, wie stark die antisozialistische Bewegung in Deutschland sei. Er trat deshalb vorwiegend mit verschiedenen Emigrantengruppen, Geschäftsleuten und deutschen Beam-

Entschließung der KPD Karlsruhe zum Scheitern der Londoner Konferenz

Am 29. Dez. 1947 nahmen die Funktionäre der KPD des Stadtkreises Karlsruhe zum Scheitern der Londoner Konferenz der Außenminister

„Der negative Ausgang der Londoner Konferenz ist ein schwerer Schlag für die nächste Zukunft des deutschen Volkes. Die wirkliche Ursache des Scheiterns ist in der Absicht der Vereinigten Staaten zu suchen, durch den Marshallplan unter humanitärer Tarnung die monopolkapitalistischen Interessen in Europa durchzusetzen.“

Die Reparationsfrage wurde von den Vertretern der Westmächte, insbesondere von amerikanischen Außenminister Marshall nur als Vorwand für den beabsichtigten Abbruch der Konferenz benutzt, falls die Absichten von Truman und Marshall nicht durchgesetzt werden können.“

Es sollen jetzt Maßnahmen zur Abspaltung des Westens vom Osten Deutschlands in beschleunigtem Tempo durchgeführt werden. Ähnlich wie bei der Schaffung der vereinigten englisch-amerikanischen Zone soll ein politisch und wirtschaftlich unabhängiges Westdeutschland unter Ausschaltung des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes entstehen, nur gestützt auf einige Parteiführer und einer marshallplanhörigen reaktionären Clique, die die Kosten der Einheit Deutschlands und die Interessen des Westens verfochten.

Nun ist es klar ersichtlich, warum in entscheidender Stunde die Führer der SPD, CDU und DVP in den Westzonen das Zustandekommen einer deutschen Vertretung zur Londoner Konferenz ablehnten.

Aus dem Abbruch der Londoner Konferenz gibt es für uns nur eine Schlußfolgerung, den Kampf unseres Volkes um die Einheit Deutschlands und um einen gerechten Frieden mit verstärkten Kräften weiterzuführen.

Trotz aller in- und ausländischen Versuche der Diskreditierung des Volkskongresses als Manöver der KPD und SED, ist dieser Kongreß und die aus ihm hervorgegangenen ständigen Organe einer deutschen Repräsentation der bis heute einzig sichtbare und wirkungsvolle Ausdruck von Mitgliedern und Vertretern aller deutschen Parteien und zahlreicher gewerkschaftlicher und kultureller Organisationen. Wir sehen unsere Aufgabe in einem unermüdbaren Eintreten und Verfechten der Ziele des Deutschen Volkskongresses, die identisch mit den Interessen der gesamten deutschen Nation sind.“

Das freie Wort

„Die Pressestelle des Präsidenten des Landesbezirks Baden teilte folgendes mit: In Nr. 15 der BNN vom 28. Dez. 1947 wurde unter der Überschrift „Behörden und greifen zur Hilfe zum Schaden der Kriegeropfer“ vom Vorgang berichtet, die sich im Zusammenhang mit der Unterbrechung der Kriegsschadensabteilung der Regierung in Baden abgeheilt haben. Der Präsident des Landesbezirks Baden, der von diesem Vorgang Kenntnis erlangte, hat sofort eine eingehende Untersuchung eingeleitet. Weiterhin hat er unverzüglich angeordnet, daß der Kriegsschadensabteilung der Regierung in Baden, werden sie zur Verantwortung gezogen werden.“

Kriegsgefangene in Polen

Thiele Maximilian 8. 8. 05, Thiel Anton 8. 8. 09, Voigt Erich 28. 8. 91, Voigt Ernst 19. 12. 24, Voigt Eugen 4. 11. 27, Ernst Friedrich 18. 1. 09, Wiedemann Hans 12. 4. 12, Walter Fritz 17. 7. 19, Walter Fritz 11. 12. 12, Walter Fritz 12. 12. 27, Ziaja Alfred 4. 2. 20, Zibolewski Alex 15. 7. 26, Zichork Hans 12. 7. 17.

Arens Helmut 16. 12. 97, Arens Karl 28. 22. 23, Arensmeyer Hans 23. 8. 26, Aret Paul 23. 8. 97, Aretz Josef 22. 1. 06, Hansen Otto 10. 8. 23, Henschel Hans 1. 4. 09, Bante Willy 1915, Bantwitz Walter 7. 8. 26, Bantze Georg 25. 8. 08, Capria Fritz 18. 8. 22, Caplewski Bruno 22. 12. 19, Caplewski Rusan 11. 11. 16, Caplewski Erwig 3. 10. 20, Caplewski Jolita 8. 11. 97, Dehnbach Hans 1916.

Im Anschluß an den eingangs zitierten Satz sagt Dulles in diesem Buch weiter, man müsse deshalb versuchen, wie schwer es in Deutschland für die Opposition war sich durchzusetzen, er weist darauf hin, daß in den von den Nazis besetzten Ländern der Widerstand schon deshalb wirksamer sein konnte, weil es sich um eine Fremdbesatzung handelte und die Widerstandsbewegung Unterstützung von ihren Exilregierungen und ausländischen Mächten erhielt. Schließlich sagt Dulles: „Es ist leicht, die deutsche Widerstandsbewegung als 25-jährige ihres Scheiterns und letztlich Versagens zu kritisieren. Aber es ist unwahrscheinlich, daß man in einem Polizeistaat, so wie Himmler und Hitler ihn organisierten, Männer finden wird, die einen Beck, einen Görder, einen Molke, einen Leutner oder einen Stauffenberg über-treffen.“

Dulles erkennt in seinem Buch auch an, daß die Alliierten den Männern des deutschen Widerstandes ihre Aufgabe nicht nur nicht erleichtert, sondern direkt erschwert haben. Man habe ihnen keinerlei Ermunterung zuteil werden lassen und schließlich Hitler außenpolitisch geschützt, die man den demokratischen Regierungen verweigerte. Durch die Formel von der „bedingungslosen Kapitulation“ habe man den Widerstand des Hitler-Regimes gestärkt und schließlich — so sagt Dulles — war „das Stück neuen Zerstörung bekommen, verlor, in denen hauptsächlich Zivilkrieger getroffen wurden“, verheert. Er habe es anfangs aus Mitleid betrachtet, den Krieg abzukürzen, habe aber nach einigen Monaten eingeschoben, daß er damit unrecht hatte. „Statt neuen Zerstörung bekommen, verlor, in denen hauptsächlich Zivilkrieger getroffen wurden“, wurde bei einem Bombenangriff auf Leipzig getötet, viele ihrer geheimen Treffpunkte wurden ausgebaut und die Mitglieder verstreut.“ Bei den Arbeitern und Bürgern sei eine feindselige Stimmung erzeugt und sie seien gezwungen worden, bei den Nazis Schutz für das nackte Leben zu suchen, da sie durch die Bombardierungen obdach- und mittellos gemacht wurden. (spd)

Der Ginster blüht

Daß die Korruption blüht, ist bekannt. Von Schwarzarbeit blüht man nicht, weil zwischen Erfassung und Verteilung so viel abgezweigt wird, daß sein Blühen zu dem Selbstverständlichen gehört.

Unbeschlichtet blieb bis dahin allein die Natur. Neuerdings scheint sie sich der verrückten Umwelt anzupassen. In angeblich kältesten Monat blüht plötzlich der lauen Milde des Frühlings der Föhn, die Vögel singen zukunftsfröhlich, und in den Apotheken wird reichlich Aspirin gekauft.

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen ging von 31 577 auf 24 714 zurück. Die Zahl der offenen Stellen sank von 71 156 auf 74 321, während die Zahl der Arbeitsplatzbesetzungen geringfügig zunahm.

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen ging von 31 577 auf 24 714 zurück. Die Zahl der offenen Stellen sank von 71 156 auf 74 321, während die Zahl der Arbeitsplatzbesetzungen geringfügig zunahm.

KURZE STADTNOTIZEN

Fettgabe. Die Versorgungslage in Fett ist ein Problem, das sich nicht nur auf die Butter berechnen lässt, sondern auch auf die Fleisch- und Wurstwaren.

Rechtsgelehrte über Kraftfahrzeuge. Die Rechtsprechung über Kraftfahrzeuge ist in den letzten Jahren sehr lebhaft gewesen.

Steuerbegünstigungen für das 13. Monatsgehalt. Die Steuerbegünstigungen für das 13. Monatsgehalt sind seit dem 1. Januar 1948 in Kraft getreten.

Wetterbericht vom Amt für Wetterdienst K.B. Kurzeitliche Wetterberichterstattung für den 6. Januar 1948.

Rheinwasserstände. Die Rheinwasserstände sind am 5. Januar 1948 wie folgt: Konstanz 222 (+12); Breisach 214 (+10); Mannheim 643 (+35); Caub 398 (-72); 5. Januar: Konstanz 246 (+14); Maxau 678 (+40); Mannheim 653 (+30); Caub 374 (-62).

Neujahrstfestes neben den laufenden Besten. Die Neujahrstfestes neben den laufenden Besten sind in der Stadt sehr lebhaft gefeiert worden.

Benutzung deutscher Fahrzeuge durch US-Einheiten. Die Benutzung deutscher Fahrzeuge durch US-Einheiten ist in der Stadt sehr lebhaft gefeiert worden.

Wetterbericht vom Amt für Wetterdienst K.B. Kurzeitliche Wetterberichterstattung für den 6. Januar 1948.

Rheinwasserstände. Die Rheinwasserstände sind am 5. Januar 1948 wie folgt: Konstanz 222 (+12); Breisach 214 (+10); Mannheim 643 (+35); Caub 398 (-72); 5. Januar: Konstanz 246 (+14); Maxau 678 (+40); Mannheim 653 (+30); Caub 374 (-62).

Hochwasser geht zurück / durch Hochwasser stillgelegt

Der Wasserstand der Bäche und Flüsse war infolge der langen Trockenheit des vergangenen Sommers auf ein Minimum herabgesunken. Durch die spärlichen herbstlichen Regenfälle hatte er sich nur wenig und allmählich wieder gehoben.

Die Wasserstände der Bäche und Flüsse sind in den letzten Tagen wieder auf ein normales Niveau zurückgegangen. Durch die spärlichen herbstlichen Regenfälle hatte er sich nur wenig und allmählich wieder gehoben.

Kreis-Kaninchenschau in Rippurr

Am Samstag und Sonntag fand die erste Kreis-Kaninchenschau im Rippurr im Eichhornsaal statt. Bei deren Eröffnung u. a. Vertreter des Landrats und der Stadtverwaltung anwesend waren.

Die Kaninchenschau wurde in der Rippurr im Eichhornsaal am Samstag und Sonntag abgehalten. Die Teilnehmer waren sehr zahlreich und die Ausstellung sehr gelungen.

Selbstversorger spenden 250 g Käse

In Kempten im Allgäu haben sich die Käseproduzenten der Stadt- und Landgemeinden vereinigt, um die Selbstversorger zu unterstützen.

Die Käseproduzenten der Stadt- und Landgemeinden haben sich vereinigt, um die Selbstversorger zu unterstützen. Die Teilnehmer waren sehr zahlreich und die Ausstellung sehr gelungen.

Nachrichten aus Südbaden

Bürgermeister wünscht Kritik. Der Bürgermeister wünscht Kritik an der Verwaltung. Die Teilnehmer waren sehr zahlreich und die Ausstellung sehr gelungen.

700 Kartoffeln gerettet. 700 Kartoffeln sind gerettet worden. Die Teilnehmer waren sehr zahlreich und die Ausstellung sehr gelungen.

Wiederherstellung in Freiburg. Die Wiederherstellung in Freiburg ist im Gange. Die Teilnehmer waren sehr zahlreich und die Ausstellung sehr gelungen.

Straßenzettel für faule Schipper. Die Straßenzettel für faule Schipper sind im Gange. Die Teilnehmer waren sehr zahlreich und die Ausstellung sehr gelungen.

Bühnen, Bücher und — Ziegel

Münchener Kulturbrief. Die Münchener Kulturbriefe sind im Gange. Die Teilnehmer waren sehr zahlreich und die Ausstellung sehr gelungen.

Der verkaufte Großvater. Der verkaufte Großvater ist im Gange. Die Teilnehmer waren sehr zahlreich und die Ausstellung sehr gelungen.

Neue Einkommen- und Lohnsteuertabellen

Table with columns for tax classes (Steuerklasse 1, 2, 3) and income levels (Monatslöhne, Jahreslöhne). It lists various income brackets and their corresponding tax rates.

Bemerkungen. Bemerkungen zu den neuen Einkommen- und Lohnsteuertabellen. Die Teilnehmer waren sehr zahlreich und die Ausstellung sehr gelungen.

Wiederherstellung in Freiburg

Die Wiederherstellung in Freiburg ist im Gange. Die Teilnehmer waren sehr zahlreich und die Ausstellung sehr gelungen.

Wiederherstellung in Freiburg

Die Wiederherstellung in Freiburg ist im Gange. Die Teilnehmer waren sehr zahlreich und die Ausstellung sehr gelungen.

Wiederherstellung in Freiburg

Die Wiederherstellung in Freiburg ist im Gange. Die Teilnehmer waren sehr zahlreich und die Ausstellung sehr gelungen.

Wiederherstellung in Freiburg

Die Wiederherstellung in Freiburg ist im Gange. Die Teilnehmer waren sehr zahlreich und die Ausstellung sehr gelungen.

